

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Neue Gumpenstr. 2/6, und durch Postbezüge zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen M. 2.50, frei im Haus M. 2.92, wo keine Post am Orte, M. 3.34.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Inserationsgebühren beträgt für die einseitige Kolonialzeile oder deren Raum 25 Pfennige, für dreiseitige, vierseitige und Werksammlungs-Anzeigen 15 Pfennige, Annoncen 35 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Samstag 8 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 189.

Breslau, Dienstag, den 15. August 1911

22. Jahrgang.

Von der allgemeinen Wehrpflicht.

An der allgemeinen Wehrpflicht kann man so recht sehen, was aus einem Ding im Laufe der Zeit nach Umständen wird. Sie ist bekanntlich ein Kind der Revolution. Als die erste französische Republik sich von der Koalition bebroht sah, als sie fürchten mußte, daß das Abelpack, das sie glücklich angebracht hatte, rasch schmelzend wieder zerfallen würde, erklärte sie die Verpflichtung aller Bürger zum Kriegsdienst. Damit war die allgemeine Wehrpflicht geboren. Aber die Machthaber bekamen bald heraus, daß man die allgemeine Wehrpflicht auch famos zur Niederhaltung des Volkes benutzen kann. Sie lieferte ja nicht nur Soldaten zur Unterdrückung etwaiger Aufstandsgelüste, sondern bietet auch einen Kanal, der es ermöglicht, das ganze Volk mit militärischen Anschauungen zu durchdringen und dadurch zum unbedingten Gehorsam, zum blinden Autoritätsglauben zu erziehen. Das ist für die Machthaber ein Vorteil, den die Soldnerheere nicht boten. So ist das Kind der Revolution zum Werkzeug der Reaktion geworden.

In der deutschen Armee ist bekanntlich der Drill am stärksten entwickelt, in ihr wird, wenn man von halbzivilisierten Ländern absieht, die straffe Unterordnung, der bedingungslose Gehorsam gegen den Willen des Vorgesetzten am intensivsten gepflegt. Diese Verhältnisse sind, der Natur der allgemeinen Wehrpflicht entsprechend, auf das Zivilleben des deutschen Volkes übersprungen, wie leider an allen Ecken und Enden zu beobachten ist. Unser höheres Beamtenum ist mit dem Reservelenkantsgeist durchtränkt und in dem unteren Beamtenum herrscht der Militäranwärter, der ehemalige Unteroffizier vor. Das ewige Einsperren, das Strafen wegen Lappalien, nach denen in freieren Ländern kein Hahn krähen würde, die fortwährende Angst um die momentan geltende Autorität — in Wirklichkeit ist der Begriff Autorität nach Zeiten veränderlich — sind Früchte der deutschen Kaserne. Das Traurigste ist aber, daß diese Dinge immer schlimmer werden müssen, weil die Armee infolge der regelmäßig einsetzenden Heeresvermehrungen immer größer wird. Mit ihnen wächst auch ständig die Zahl der Unteroffiziere und der Offiziere des Beurlaubtenstandes, also jener Organe, die militärischen Geist und militärische Anschauungen in die Beamtenwelt tragen. Man bedenke, daß die deutsche Armee jetzt ungefähr 90 000 Unteroffiziere und ca. 45 000 Offiziere des Beurlaubtenstandes aufweist. Jede neue Heeresvermehrung wird diese Zahlen noch erhöhen.

Dabei hält die Militärbehörde die Offiziere des Beurlaubtenstandes mittels der Ehrengerichte auch in ihrem Zivilleben stramm am Zügel. Auch eine politische Neuerung oder Betätigung, die in den höheren Regionen nicht angenehm erscheint, kann vor das Ehrengericht führen, zum mindesten dem betreffenden Offizier den Abschied eintragen. Dies kann ihm sogar schon dann passieren, wenn er aus rein taktischen Gründen die Wähler auffordert, in der Stichwahl einen Sozialdemokraten zu wählen. Was eine ehrengerichtliche Maßregelung für einen Offizier des Beurlaubtenstandes bedeutet, wird erst klar, wenn man die Ziffer 61 der Ehrengerichtsverordnung in Betracht zieht. Sie lautet:

„Ist der Angeeschuldigte ein verabschiedeter oder ein dem Beurlaubtenstande angehöriger Offizier, der zugleich im Reichs- oder Staatsdienst angestellt ist, so ist eine Ausfertigung des Spruchs des Ehrengerichts und meiner Entscheidung der ihm vorgelegten Behörde zu übersenden und auf Verlangen näherer Auskunft über die Veranlassung des Spruchs zu erteilen, die sich jedoch auf den tatsächlichen festgestellten Sachverhalt der Untersuchung zu beschränken hat.“

Die Militärbehörde erkennt sich also das Recht zu, die Zivilvorgesetzten eines Offiziers des Beurlaubtenstandes, sofern er im Staats- oder im Reichsdienst angestellt ist, vom Spruch des Ehrengerichts und der Entscheidung des obersten Kriegsherrn zu benachrichtigen. Das kann aber einem solchen Beamten seine Existenz kosten oder wenigstens seine Karriere verpulsen. Die Zivilvorgesetzten sehen in solchen Fällen nicht einmal Klar, denn sie erhalten nicht die gesamten Akten, sondern höchstens einen Aktenauszug.

Neben den Offizieren des Beurlaubtenstandes und den im Zivildienst angestellten Unteroffizieren sargen auch die Krieger- und Soldatenvereine für die Ausbreitung militärischen Geistes und militärischer Ansichten. Zum gehören aber der militärische Geist und die militärischen Anschauungen zu den größten Hindernissen des Fortschritts. Ein Fortschritt ist nur so möglich, daß die bisherigen Götzen zertrümmert werden, daß veraltete Meinungen fallen und der geistige Kampf gegen die bisherigen Autoritäten, die naturgemäß die alten Götzen und die veralteten Ansichten verteidigen, auf der ganzen Linie geführt wird. Der richtige Militärsmann aber hängt an diesen Dingen. Er meint, die Welt müsse zugrunde gehen, wenn nicht alles hübsch beim alten bliebe, wenn das Mandarinentum zerfiel, wenn der Deutsche nicht vor jedem Beamten und Offizier in tiefer Ehrfurcht erschauern würde. So hat die allgemeine Wehrpflicht sich aus einem Kind der Revolution zu einem Hort der

Reaktion, zu einem förmlichen Ney entwickelt, in dem alle zivilisierten Völker, abgesehen von England, zappeln. Und am meisten zappelt der gute deutsche Michel. Die gesamte Bourgeoisie hat an diesen Verhältnissen heimlich ihre große Freude, denn sie sieht in der Armee ein ausgezeichnetes Mittel zum Niederhalten des Proletariats. Wohl schimpft sie über die Bevorzugung des bunten Rockes, aber sie verehrt ihn doch als ihren Schutzengel.

Und dennoch ist den herrschenden Klassen bei der Geschichte nicht ganz befraglich. Eine lange Frage quält sie und diese Frage lautet: „Wird die Armee für uns auch das bleiben, was sie ist, wenn die Sozialdemokraten sich weiter vermehren, wenn ihre Anschauungen immer tiefer ins Volk bringen und auch die Jugend erfassen?“ Schon jetzt geht ein heimliches Zähneklappern durch die Reihen der Herrschenden, wie der fruchtlose Kampf gegen die sozialdemokratischen Jugendorganisationen beweist. Aber, meine Herren, erinnern Sie sich doch ein bißchen an Horaz, den Sie in Ihrer Jugend studiert haben. Von ihm stammt der berühmte Ausspruch: „Naturam expellas furca: tamen usque recurret.“ Auf deutsch: „Treibst Du die Natur mit dem Knüttel auch aus, sie kommt dennoch zurück.“ Und weil Horaz Recht hat, wird auch die allgemeine Wehrpflicht eines Tages sich nicht mehr im geringsten zum Niederhalten des Volkes eignen. Wir vermuten, daß auch das deutsche Reich diese Wandlung spätestens in 30—40 Jahren erleben wird. R. K.

Die Lehren des Katholikentages.

Es ist keine Übertreibung, wenn man einen Katholikentag kennt, kennt man sie alle. Seit dem ersten, der vor 63 Jahren in Mainz abgehalten wurde, hat sich an ihrem Geiste nichts geändert. Die Besucher der Katholikentage wollen aber auch nichts Neues; sie sind unabhängig, wie die Tradition der Kirche, ist auch ihre Sinnesart; die gewohnten Gedanken und abgegriffensten Maximen finden ihr höchstes Wohlgefallen, und in ihrer Selbstzufriedenheit übersehen sie die größten Widersprüche ihrer Glaubenslehre, die jeden anderen nutzlos machen würden. Es gibt in der Tat nichts, was in dieser Gesellschaft nicht auf Befehl, oder, je nachdem wie von oben das Zeichen dazu gegeben wird, auf Entrüstung oder sonst jede gewünschte Stimmungserhebung zu rechnen hätte.

Se inhaltslos, je widerprüchlicher, je verunftwürdiger — desto besser. Das Denken ist verboten, hier ist alles Gefühl. Stimmung, Tradition, Gottesdienst in Form einer Volksversammlung. Veranlassungen dieser Art kann sich nur eine Partei leisten, die ihre Anhänger zur bedingungslosen Unterordnung unter die von oben kommende Weisung erzogen hat; nur eine Partei, die ihre Autoritäten mit dem Erzahlenkranz ganz besonderer Gnaden zu umgeben vermag, nur eine Partei, die den Herrgott als ihren obersten Führer ausgeben und für diesen unbedingten Gehorsam beanspruchen kann, wenn er durch seine Stellvertreter, die hohen Herren der Kirche und des Zentrums, zum Volke spricht.

Man versteht aus dieser Auffassung, die für die Kirche und das Zentrum eine Lebensfrage ist, weshalb dem Merkantilismus eine auf Freiheit der Ueberzeugung gegründete Demokratie verhasst ist, weshalb er sich allen Bestrebungen, die auf die Verwirklichung der Massen in politisches und geistiges Gemeinwohl hinführen, entgegenstellt. Man versteht es, weshalb er selbst eine gründliche materielle Besserstellung der Massen bekämpft, weil das einmal die Grundlage auch zur geistigen Emporentwicklung ist, und weil andererseits die Kirche der verkündeten, bebrückten und gedrücktesten Massen bedarf, um sich ihnen als Tröster und Helfer empfehlen zu können. Nur auf diesem Fundament beruht die Macht des Merkantilismus, beruht das Ansehen seiner Autoritäten, die mit höherer als menschlicher Würde ausgestattet und den Massen als ihre von Gott gesendeten Führer aufgezungen werden.

Aus diesen Umständen heraus erklärt sich die Pöbellichkeit der Katholikentage, wo in einer ganz eigenen Sprache geredet, wo nach anderer Gelehen gedacht wird als unter der nicht-katholischen Bevölkerung; wo die Masse vor einem Namen auf die Knie fällt und in Verzückung gerät bei Worten, die für jeden anderen jedes Sinnes bar sind; wo jede Selbstbestimmung des Einzelnen aufhört und alles sich der Tradition beugt, auch wenn sie für die Gegenwart ohne alle innere Berechtigung ist. Es sind die Armen an Geld, die hier verarmen sind. Nicht das jeder von ihnen ein Dummkopf wäre, nein, es gibt in Einzelfragen immerhin in diesen Kreisen viel Intelligenz. Aber sie alle kennen nur die Welt, in der sie geboren und erzogen sind: die kirchliche Welt; ihnen fehlt das Wissen, das dem Menschen nötig ist, damit er seine Stellung in Natur und Gesellschaft begreifen und dadurch zum Erlangen seiner Menschenwürde und seiner Menschenrechte gelangen kann.

Aber gleichviel, haben die kirchlichen Massen auf eigenem und freiem Urteil gegründete Ueberzeugung, so haben sie doch die Ueberzeugung ihrer geistlichen und weltlichen Führer. Und diese Ueberzeugung ist gefährlich, und ihre Gefährlichkeit hat sich auf dem Mainzer Katholikentag aufs neue offenbart. Die Eroberung der Jugend, die Knechtung des Menschen unter das kirchliche Joch von Kindesbeinen an — das ist es, worauf die Hauptreden und Hauptbeschlüsse des Katholikentages hingedrungen. Die Schlußrede des Abgeordneten Marx, seine Ankündigung, daß eine Organisation für Verteilung der

christlichen Erziehung“ gegründet sei; die mancherlei Beschlüsse über Jugendpflege, Jugendvereine, Rekrutenfürsorge; die Forderung bezüglich des Religionsunterrichtes in den Fortbildungsschulen — das zeigt uns das Feld, das der Merkantilismus in der kommenden Zeit zu beackern gedenkt und er rechnet dabei auf die Hilfe des Staates, dem er die Mühe und die Größe der Umstrukturierung nicht beängstigen genug schildern kann, denn er ist die Religion, das heißt die Kirche und das Zentrum als die Rettung aus den Nöten der Zeit empfiehlt. Hier offenbart der Merkantilismus sein wahres Gesicht; hier erkennt man, wenn man sich durch das fromme Drum und Dran nicht betören läßt, die eigentlichen Wünsche und Bestrebungen seiner Führer: **Knechtung der Massen in geistiger und politischer Hinsicht!**

Und hier haben wir untererleits einzufügen, um dem Merkantilismus auf diesem Gebiete tut, tut er, weil ihm das rote Gespenst im Nacken sitzt, weil ihm der Sozialismus seine Majestät als Wähler abwendig macht, weil die Klassenbewußte Arbeiterbewegung seine proletarischen Anhänger mehr und mehr mit sich fortzieht und der Sozialdemokratie zuführt. Die Niederwerfung des Merkantilismus ist eine Machtfrage, die wir zu unseren Gunsten nur lösen durch unausgesetzte Stärkung unserer Reihen, durch andauernde Erziehung unserer Anhänger zu überzeugten Kämpfern, durch Aufklärung der uns noch gleichgültig oder feindlich gegenüberstehenden Massen und — um den Merkantilismus auf eigenem Felde zu paden; verstärkte Heranziehung und Heranbildung der Arbeiterjugend, die der Abgang der Alten nicht nur wettmachen, sondern doppelt ersetzen soll an Zahl, an Kampfesfreude und an Gelbesfrische.

Politische Uebersicht.

Der „nichtsinnige Unfug“ der „Post“.

Beismann-Hollweg hält es für notwendig, in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ noch einmal die „Post“ wegen ihres Marokkoartikels abzufragen. Diesmal kommt es ihm hauptsächlich darauf an, die Uebereinstimmung zwischen Ministern und dem Kaiser zu dokumentieren. In der Spitze der Wochenrundschau in der Nummer vom 13. August schreibt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“:

„Es war ein Mißgeschick in eine für überwunden gehaltene alte Gewohnheit, daß in demjenigen Teil der deutschen Presse, der sich für besonders patriotisch hält, ohne jeden Grund die Person Seiner Majestät des Kaisers in den politischen Tagesstreit gejerrt worden ist. Der Appell von der deutschen Regierungspolitik an eine angeblich abweichende persönliche Politik des Monarchen wurde zuerst in der ausländischen Presse laut. Unsere nationalen Blätter konnten diesen kläglichen Versuch, den Kaiser gegen seine Berater auszuspielen, mit Verachtung strafen oder ihn ernst zurückweisen. Ungehört aber war es, daß eine unter der Flagge einer monarchischen Partei stehende Zeitung, gestützt auf ausländische Tendenzmärtchen, das Signal zu einer neuen Kaiserbegehr gab. Der Streich ist mißlungen. Die deutsche Presse hat es, auch in Blättern außereuropäischer Richtung, abgelehnt, in diese verleumderische Tonart gegen das Oberhaupt des Reiches einzustimmen. Der antimonarchische Gegeist verstand sich nicht bloß in der Form; er ist in der Sache grundfalsch und tut dem Kaiser bitter unrecht. Er fördert eine Legendenbildung, die wir zertrümmern müssen. Die „Post“ hat in einer späteren Ausfertigung noch wieder von „einem kalten Sturzbad von Schweinmünder“ geredet, worunter sie die Ausübung eines kaiserlichen Grades auf den Reichskanzler und das auswärtige Amt im Sinne ausländischer Wünsche versteht. Das ist abermals nichtsinniger Unfug. Die Durchführung unserer Politik erfordert es, rücksichtslos mit der Unwahrheit aufzuräumen. Diese Politik weist in irgendwelcher Unentschiedenheit an höchster Stelle einen schwachen Punkt auf, mit dem das Ausland rechnen könnte.“

Also der Sturm gegen die „Post“ läßt nicht nach. Daß die Offiziösen soviel Energie um die beleidigte Majestät entwickeln, ist ja von ihrem Standpunkt aus ganz nett; aber besser wäre die Energie am Plage gewesen in den Tagen wo das Volk Aufklärung über den Marokkounfug forderte. Bis heute wursteln die Diplomaten fort und der Reichskanzler ist zwar ängstlich bemüht, seinem Vorgesetzten keine Ungelegenheiten zu bereiten, wie das Volk aber über die Politik denkt, die er verantworten muß, das scheint ihm herzlich gleichgültig zu sein.

Ueber den Stand des marokkanischen Schachergeschäftes

weiß der „Temps“ vom 12. August zu melden: Der Minister des Äußeren de Selves hat heute Vormittag den englischen Botschafter empfangen. Der Stand der französisch-deutschen Verhandlungen ist absolut stationär. Ueber das Zustandekommen der nächsten Zusammenkunft ist zwischen Herrn v. Ribbentrop-Baechter und Cambon nichts festgesetzt worden. Es ist nicht möglich voranzufahren, ob diese Besprechungen zu einer Festlegung eines Staatsvernehmens führen werden.

Schnapsblodfreundschaft.

Herr Dr. Dertel, der leitende Redakteur der „Deutschen Tageszeitung“, gibt sich sonst als eifriger Protestant, und mancher Arbeiter im Weinberg des Herrn“ dürfte ihn um den Schnapsblodfreundschaft beneiden, indem er seine festgesetzten Ermahnungen an die agrarischen Leser abzufassen pflegt. Der Gumpel des Bündler ist aber sehr tolerant, wenn es sich um seine ultrakonventionellen Freunde im Schnapsblod handelt. So sagt er zum

Arbeiter! Genossen! Agitiert für die Protestversammlungen am kommenden Mittwoch. Auch in Breslau haben die Arbeiter die Pflicht, zu zeigen, daß sie die einzig entschiedenen

Feinde des Krieges und der gewissenlosen Kriegsheker sind.

Die drei Versammlungen am Mittwoch müssen wichtig und eindrucksvoll werden, so wie es in Breslau immer war.

Die Versammlungen tagen in folgenden Lokalen:

„Gewerkschaftshaus“,

Margaretenstraße 17.

„Kronprinz“,

Westendstraße.

Höpelwitz,

Hermann Stahl, Höpelwitzstraße 36.

Eine 5. Versammlung findet abends 8 Uhr in Hartlieb bei Niedel statt. Redner: Genosse Philipp.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 14. August.

Geschichtskolender.

15. August.

1776 Walter Scott.
1831 Aufstand in Warschau.

Arbeiten der Polizei.

Daß unsere Polizei viel beschäftigt ist, wer wollte das bestreiten! Sie muß sich heute um alles kümmern, was die Menschen tun und treiben; es gibt fast nichts im Leben, was sie nicht überwachen muß. Wohin man blickt, ist sie zur Stelle, womit wir freilich nicht sagen wollen, daß sie überall am rechten Ort ist oder gar ihren Posten ausfüllt oder ausfüllen kann.

Was besonders ist es Aufgabe der Polizei, auf alle Übertretungen, Vergehen und Verbrechen acht zu geben und ihre erste Verfolgung in die Hand zu nehmen. Dem statistischen Amt der Stadt Breslau, diesem eifrigen Zahlen-Bureau, verdanken wir auch eine Zusammenstellung über die Anzeigen und Geschäftsfälle, die das Breslauer Polizei-Präsidium alljährlich beschäftigt. Sehen wir uns die Tabelle näher an, so finden wir, daß im Jahre 1901 im ganzen 28057 Anzeigen eingegangen, im Jahre 1910 aber 41108; sie haben sich also bedeutend vermehrt, wobei noch zu sagen ist, daß das Jahr 1909 sogar 46268 Anzeigen zählte.

Die mehr als 41000 Anzeigen des Jahres 1910 verteilen sich selbstverständlich auf die einzelnen strafrechtlichen Gebiete sehr verschieden. Wir erwähnen zuerst die Übertretungen mit nicht weniger als 12290 Anzeigen, sodas auf einen Tag mehr als 34 kommen. Wer wüßte nicht, was da so manchmal angezeigt wird. Unsere Breslauer Polizeiverordnungen aus alter und neuer Zeit füllen einen stattlichen Band, dessen Inhalt die wichtigsten Bürger kennen, ja manchmal kaum ahnen. Wir sind mit allen möglichen und unmöglichen polizeilichen Bestimmungen geradezu übersättigt, und es dürfte selbst dem gewiehesten Polizeimanne schwer fallen, sich durch den unendlichen Paragraphenwald zur Klarheit hindurchzuringen. So ist es kein Wunder, daß täglich diese Leute in den Eßlingen der Geheße und Verordnungen hängen bleiben, und die Gerichte alle Hände voll zu tun haben, um mit den Übertretungen fertig zu werden.

Noch größer als die Zahl der Übertretungen ist die der Diebstähle und Unterschlagungen, wovon Anzeigen gemacht wurden; sie betragen 13349. Bezeichnend dabei ist die Tatsache, daß die Eigentumsvergehen im Herbst und Winter noch öfter als im Frühjahr vorkommen, was wohl mit Recht auf die verminderte Arbeitsgelegenheit im Winter zurückzuführen ist. Groß ist auch die Zahl der Fälle von Betrug und Untreue, die ebenfalls mit den unmittelbaren Eigentumsvergehen verwandt sind; darüber gingen 4693 Anzeigen ein.

Im zweiten Abstände folgen dann die Körperverletzungen mit 2151 Anzeigen. Hier handelt es sich um Vergehen, die einen der traurigsten Abschnitte in der Strafrechtswege bilden. Wegen Kleinlicher Dinge kommt es oft zu Zank und Streit, der in Schlägereien ausartet, bei denen nicht selten das Messer eine gefährliche Rolle spielt. Auch der Alkohol führt häufig zu gegenseitigen Mißhandlungen, die dann mit Geldstrafen und Gefängnisstrafen geahndet werden. Soweit die Arbeiter bei den Körperverletzungen beteiligt sind, ist schon vieles besser geworden. Mit der Schulung in den gewerkschaftlichen und politischen Organisationen hat das Leben der Arbeiter einen neuen, besseren Inhalt bekommen, der ein Feind aller Rohheiten ist. Wer seit Jahren und Jahrzehnten in der Arbeiterbewegung tätig ist, wird das bestätigen. Hinter den Körperverletzungen stehen die Sachbeschädigungen mit 1690 Anzeigen, die Verbrechen und Vergehen wider die Sittlichkeit mit 1129.

Dann hören wir, daß bei der Breslauer Polizei 891 Anzeigen über Beleidigungen ankommen. Ja, diese Beleidigungen! Wer hat nicht schon im Leben erfahren, was die Zunge für Unheil anrichten kann.

Und hüte deine Zunge wohl,
Dass ist ein böses Wort gesagt!
O Gott, es war nicht böse gemeint,
Der andere aber geht und klagt.

So singt Herdbrand Freiligrath, der gewaltige Freiheitsdichter in seinem schönen Liede: „O Lieb, so lang du lieber kannst.“ Und er hat Recht! Schnell und ohne Ueberlegung ist oft das verletzende Wort dem Munde entflohen, da geht es gleich an die Polizei und die Gerichte, die ein trauriges Lieb davon zu singen wissen, wie leicht sich viele Leute beleidigt fühlen, und in ihrer berechtigten oder unbegründeten Aufregung meinen, alle Welt müsse ihnen beistehen, um den Beleidigten zu helfen. Mit den Beleidigungen gegen gewöhnliche Streblische haben aber die Polizeiverwaltungen und Gerichte zunächst nichts zu tun, sondern die Schlichtsmänner, die die wem

genehme Arbeit ausführen müssen, die Parteien in den Sälen zu hören. Erst wenn diese Verhandlungen erfolglos waren, greifen die Gerichte ein, nachdem die Privatklagen eingereicht sind. Es ist also durchaus falsch, wegen jeder einzelnen Beleidigung sofort an das Polizeipräsidium oder an die Gerichte zu schreiben.

Mit dem, was wir bisher ausführten, ist selbstverständlich die Tätigkeit der Polizei noch lange nicht erschöpft. Sie wacht vor allem noch über die Sittlichkeit. Im Jahre 1910 sind durch die Sittlichkeits- und Verhaftungen vorgenommen worden, und in mehr als 1700 Fällen hat sie sich um Männer und Frauen gekümmert, die unter Sitten- oder Polizeiaufsicht standen. Dazu kommen 287 entlassene Strafgefangene, die sie kontrollierte. Es ist bekannt, daß die Polizeiaufsicht den aus dem Gefängnis oder Zuchthaus entlassenen Personen meistens nichts nützt, sondern bedeutend schadet; nicht selten ist sie ihnen schon zum Verderben geworden, da zum Beispiel die Arbeiter u. Hauswirte, die von Verhaftungen nichts wußten, durch die Polizei mit ihren Erkundigungen die Fernsten aus dem Prote oder aus der Wohnung brachten. Darum fort mit der Polizeiaufsicht!

Nicht minder schlimm ist uns die Zahl, die von den Landesverweisungen spricht, also von den Ausweisungen, die wohl hauptsächlich gegen „lästige“ Ausländer erklärt worden sind. Zum Schluß sagt uns das statistische Amt, daß die Breslauer Polizei im vergangenen Jahre mit 911 Vereinsverksammlungen zu tun hatte. Hier muß, wohl ein Irrtum vorliegen, denn Vereinsversammlungen gehen der Polizei nach dem neuen Reichsvertragsgesetz gar nichts mehr an. Sollte es aber immer noch Vereine geben, die ihre Versammlungen der Polizei anmelden, so möchten wir ausdrücklich betonen, daß das nicht nötig ist.

Die Tätigkeit der Polizei im Vereins- und Versammlungsweesen führt uns in ihre politische Abteilung, die ja besonders der Sozialdemokratie große Aufmerksamkeit zugewendet. Was sie leistete, wird in der Statistik nicht mitgeteilt. Für uns ist es gewiss nicht nötig, denn wir sind darüber hinreichend unterrichtet. Das aufregende Vorgehen bei der Verurteilung unseres Genossen Cohn, bei Straßensandgebirgen, Streiks usw. hat uns, noch immer bewiesen, daß die Polizei die heutige gesellschaftliche und politische „Ordnung“ und Wohl der Unternehmern kräftig vertritt. Genügt hat es freilich nichts. Die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie sind trotz aller Verfolgungen heute stärker und mächtiger als je, und werden weiter wachsen und an Macht und Einfluß gewinnen. Die Arbeit der Polizei wird wie bisher, auch in Zukunft dazu beitragen!

Der Nürnberger Magistrat gegen die Kinotheater.

Die Kinotheater sind vom Nürnberger Stadtmagistrat durch eine neue Polizeivorschrift unter verschärfte Zensur gestellt worden. Der Vorsitzende des Jugendchriftenausschusses hat auf Grund längerer Beobachtungen der Kinos in einer längeren Eingabe dargelegt, daß die Vorführungen dieser Institute, die auch sehr viel von der Jugend besucht werden, auf diese den gleichen verwüstenden Einfluß ausüben, wie die bekannten Erzählungen der Schundliteratur. Man hat sich in langen Beratungen mit der Sache befaßt und ist schließlich zum Erlaß einer Vorschrift gekommen, die die Kinotheater überhaupt unter schärfere Aufsicht stellt und den Besuch durch die Jugend einschränkt. Es dürfen nur solche Bilder vorgeführt werden, die von dem Berliner Polizeipräsidium oder von der Münchner Polizeidirektion zur öffentlichen Vorführung zugelassen sind. Doch behält sich der Magistrat vor, auch die Vorführung solcher Bilder, die in Berlin oder München genehmigt sind, zu untersagen, wenn sie ihm in irgend einer Hinsicht ungeeignet erscheinen. Die Vorführungen werden ständig überwacht, zu welchem Zwecke dem Magistrat sechs zu jeder Vorstellung gültige Dienstkarten zu übergeben sind. Der Magistrat behält sich ferner das Recht vor, daß ihm auf Verlangen jedes zur Aufführung bestimmte kinematographische Bild in einem von ihm bestimmten Raum vorgeführt werden muß.

Wegen des Jugendschutzes ist bestimmt, daß zu allgemeinen Kinoaufführungen Personen unter dem 16. Lebensjahre überhaupt keinen Zutritt haben. Polizeilich genehmigte Jugendvorstellungen dürfen jeden Mittwoch und Sonnabend veranstaltet werden, aber die Dauer von 1½ Stunden nicht übersteigen. Zu diesen Vorstellungen haben Kinder unter 10 Jahren nur in Begleitung Erwachsener Zutritt. Geistige Getränke dürfen während der Aufführungen nicht verabreicht werden. Die Filme für die Jugendvorstellungen werden von einer Kommission, bestehend aus drei Schulmännern und dem Ueberwachungsbeamten des Magistrats, geprüft. Zur händigen Ueberwachung der Jugendvorstellungen sind der Volksschulkommission für jedes Kind vier Dauerkarten zu überlassen.

Zum Schneiderstreik.

Wie wir bereits kurz mitteilten, waren am Sonnabend unter dem Vorsitz des Herrn Braacklein, Einigungsverhandlungen zwischen den Vertretern der Unternehmer und Arbeiter. Die Unternehmer erklärten, nur auf Grundlage der Zugeständnisse vom Monat März verhandeln zu wollen, während sie doch in der gemeinschaftlichen Verhandlung im Juli weitere Zugeständnisse gemacht hatten, nämlich die Zwischenstufen zu beseitigen und die Lohnsätze in die nächst höheren Serien aufzureichen. Die Arbeitnehmer dagegen verlangten, daß auf der Grundlage der Zugeständnisse vom Monat Juli verhandelt werden soll, was doch nach der Natur der Sache eigentlich selbstverständlich wäre. Die Arbeitgeber machten dann einen Zurückzieher!

Die Verhandlungen beaunten mit der Anschulldigung gegen die Streikleitung, daß ihre Kampfweise keine gesetzliche wäre; sie hätte den Verband der Kleiderfabrikanten ungerechtfertigt in der Presse angegriffen, bei der Abstimmung über den Streik wäre es nicht richtig zugegangen, die Meister wären überstimmt worden. Mit diesen Angriffen hatten die Herren kein Glück. Gauleiter Schärtl konnte schlagend nachweisen, daß die Arbeitgeber im Unrecht sind. Zur Sache selbst begründeten die Herren Schlesinger und Vogt die Ablehnung einer allgemeinen Lohnhöhung damit, daß die Arbeitgeber unmöglich für alle Schneider tariflich eine Erhöhung festlegen könnten, da es doch noch sehr viele Schneider gebe, die minderwertige Arbeit liefern; es hieße für minderwertige Arbeit Prämien bewilligen. Für Extraarbeiten solle doch eine Lohnhöhung eintreten — durch eine allgemeine Lohnaufbesserung würden die schwächeren Kräfte nur Nachteile haben, denn es könnte keinem Arbeitgeber zugemutet werden, sie dann zu den erhöhten Preisen zu beschäftigen.

Schärtl widerlegte diese Gründe Punkt für Punkt. — In der Herrenkonfession gebe es soviel Abstellungen, daß man mit Leichtigkeit die angeblich schwächeren Kräfte in eine Position einreihen könne. Ohne eine allgemeine Lohnhöhung würde gerade die Masse der Schneider leer ausgehen. — Unbedingt müsse an einer Lohnhöhung festgehalten werden; ohne ein solches Zugeständnis sei die Aussprache zwecklos.

Die Arbeitgeber zogen sich zurück und gaben nach längerer Beratung durch den Mund des Herrn Schlesinger die Erklärung ab, daß sie mit Vorbehalt der Genehmigung der Generalversammlung und unter der Bedingung, daß der Tarif vom 1. September 1911 bis 30. Juni 1914 gilt, gewillt seien, die Lohnsätze in die nächsthöhere Tariffserie aufzunehmen, also die im Juli schon gemachten Zugeständnisse aufrecht erhalten wollen.

Schärtl erklärte, daß auf dieser Grundlage eine Einigung unmöglich sei. Er vertraue sich nicht, das den Streikenden zur Annahme zu empfehlen. Es entspann sich darauf wiederum eine lebhafteste Debatte. Die Arbeitgeber, besonders Herr Richard Schlesinger, versuchte es, nachzuweisen, daß die Aufreicherung eine gar wesentliche Aufbesserung sei, und sie es daher nicht verstehen könnten, daß Schärtl darauf nicht eingehen wolle. Es wurde erwidert, daß das, was jetzt die Arbeitgeber bewilligen, einen Rückschritt bedeute, denn nach den Vereinbarungen im Juli sollte der Tarif nur eine zweijährige Dauer haben, jetzt aber eine dreijährige.

Der Vorsitzende bemühte sich aber trotz alledem, eine Einigung zu erreichen. Er schlug deshalb den Parteien vor, das Gewerbegericht als Einigungsamt anzurufen, dann würde ein Schiedsspruch gefällt werden können. Es bleibe dann den Parteien immer noch vorbehalten, diesen Spruch anzunehmen oder abzulehnen. Schließlich würde sich doch eine befriedigende Lösung ergeben. Die Arbeitnehmer nahmen sofort den Vorschlag an, die Arbeitgeber wollen darüber in der Generalversammlung beschließen.

Ein Glaserstreik

Ist am Sonnabend in Breslau beschlossen worden. Die organisierten Gesellen haben, wie wir berichteten, der Glaser-Zwangsinnung einen Lohnantrag zugesandt, worauf die Antwort kam, daß man nur mit dem Gesellen-Ausschuß, aber nicht mit der Lohnkommission des Glaserverbandes verhandeln will. Die Gesellen erblickten darin eine Verschleppung der Tariffrage und erbaten von der Innung einen endgültigen Bescheid bis zum 12. August. In der Gehilfen-Versammlung am Sonnabend wurde nun mitgeteilt, daß die vereinigte Arbeiter nicht geantwortet haben. Nach längerer Aussprache ist dann mit allen gegen eine Stimme beschlossen worden, heute Montag die Arbeit überall niederzuliegen.

Wie uns von der Streikleitung mitgeteilt wird, stehen bereits 83 Mann im Streik. Nach dem Lohnantrag, den die Gesellen der Innung vorgelegt haben, soll der Lohn im ersten Jahre nach beendeter Lehrzeit für die Stunde 45 Pf. betragen, vom dritten Jahre an 55 Pf. Arbeiter, die diese Löhne schon vor Abschluß des Tarifes bekommen haben, sollen eine Lohnhöhung von 10 Prozent erhalten. Bis jetzt besteht im Glasergewerbe überhaupt kein Tarif mit einem Mindestlohn. Die Meister zahlen den Ausgelernten einen Wochenlohn von 18 bis 19 Mk. bei täglich zehnständiger Arbeitszeit, der Tarifentwurf verlangt eine neunständige Arbeitszeit.

Der alte Matthiastrafhof an der Kohlenstraße soll von der katholischen Matthiastreichengemeinde freihändig verkauft und der Bebauung erschlossen werden. Damit würde die Weiterführung der Oberstraße über die neue Verkehrsbrücke hinaus nach dem Wälchen zu der Verwirklichung übererlaubt werden.

Politik

Wer Mitglied eines politischen Vereins ist, hat nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten. Der Parteipflicht ist nicht Genüge geleistet mit Bezahlung der Beiträge.

Schon die Anwesenheit der alten Parteigenossen in Versammlungen wirkt ermunternd und anregend auf die jüngere Generation.

Bei keiner Versammlung darf verkannt werden, in den Werkstätten, auf Hauptplatzen, in Vereinen usw. auf die Partei- oder öffentliche Versammlung aufmerksam zu machen.

Mögen unsere Parteigenossen in Stadt und Land diese Worte beherzigen. Wir haben eine große Arbeit vor uns: die Reichstagswahlen.

Das Reichstagswahlrecht, die Koalitionsfreiheit und die Sangerzelle sind das Kampfbild.

Bei der Expeditionsfirma Salentin Elias, Karlsruh, 27, sind Lohnstreitigkeiten ausgebrochen.

Aus aller Welt.

Gluthitze und Riesenbrande.

Erschreckend sind die Nachrichten über Riesenbrande, die aus aller Welt einlaufen.

Unterhdt (Schlesien), 13. August. Am Sonnabend mittag gegen 11 1/2 Uhr brach in der hiesigen Altstadt Feuer aus, das sich mit rasender Schnelligkeit verbreitete.

Es spielten sich in dem windstill gebauten Stadtviertel mit seinen engen Gassen, Gassen und Hfen verzweigte Spinnweben ab.

Am 12. August. (S. L. N.) Das benachbarte Dorf Reizen wird heute in Flammen. Bis jetzt sind 15 Wohngebäude mit lebenswichtigen Nebengebäuden und bedenklichen Bestandsverlust zu Klammern zum Opfer gefallen.

Die Verurtheilung der Kranken- und Invalidentversicherung abgelesen werden. Die Ausgaben für Brechtungen, Stride, Paten u. s. w. müssen die Leute auch von ihrem Lohne bezahlen.

Deutscher Bauarbeiter-Verein (Bau Breslau). Auf Belgoland haben unsere Kollegen (Maurer, Hilfs- und Erdarbeiter) wegen Lohn Differenzen die Arbeit eingestellt.

Die Wasserverhältnisse in Dawig bei Breslau sind in den Sommermonaten bei niedrigem Wasserstande immer sehr ungunstig.

Die Oberschiffahrt ruhte auch in der verfloffenen Woche. Wohl kamen, wie der Schiffahrtsverein schreibt, noch Ausnahmen vor, indem von Breslau aus noch ganz leicht beladene Kabine nach Berlin und Stettin abgefahren wurden.

Der beleidigte Sergeant. Am 22. Mai 1911 konnte man zur Mittagzeit beobachten, wie der Sergeant Widder von der Maschinengewehr-Abteilung des 51. Infanterieregiments seine Mannschaft hinter der Westkafelerne am Kpelwager Bahndamm strammes Gauschritt machen ließ.

Sage gegen Aussage stand. Hielte der Staatsanwalt Grund der chtlichen Aussage des Sergeanten sowohl Körperverletzung wie auch die Beleidigung für voll erwiesen.

Schuss dem Knaben. Mit der Frage, was ein werksmaftiger Betrieb in Sinne des Kinderschutzesgesetzes hielte sich die Breslauer Strafkammer als Berufungsinstante beschäftigt.

Rothenburger Versicherungs-Anstalt a. O. in Görlitz. Am 23. Juli tagte im Hotel „Stadt Dresden“ zu Görlitz eine außerordentliche Generalversammlung der Bezirksvertretung.

Der Ballon „Windstrahl“ des Schlesienschen Luftschiffahrtsvereins, der am Donnerstag von Breslau aus eine wissenschaftliche Beobachtungsflucht unter Führung des Geographen Professor von dem Horne unternahm, wurde, wie gemeldet wird bei der Landung unweit des Sdlichens Rakel in Wsmeren herbeigezogene Tischeben auf seuchelichte behandelt.

Gemeindevertretung in Osdwiz. Die nächste Sitzung ist Dienstag, den 15. August, abends 7 1/2 Uhr, im Gasthause von Grinast. Unter anderem soll über die Errichtung einer ländlichen Fortbildungsschule und die Trinkwasserfrage verhandelt werden.

Ein Unglück verhütet. In der Wasserrohrbruchstelle in der Laubstrasse waren auch an der oberen elektrischen Kabelleitung Ausbesserungen nötig. Die am Sonnabend Nachmittag vorgenommenen wurden. Kurz vor 6 Uhr rh plötzlich das Leitungsnetz unter den Händen der auf dem Isolierwagen stehenden Arbeiter und fiel glücklicherweise auf den Motorwagen eines Straenbahnzuges, der in diesem Augenblick die Stelle durchfuhr.

Die Wiederherstellungsarbeiten an der Wasserrohrbruchsstelle auf der Kreuzung von Laubstrasse und Stadtgraben sind soweit vollendet, dass am Freitag nachmittag bereits der Durchsverkehr zugelassen werden konnte und am Sonnabend morgen auch die Straßenbahnlinie einseitig freigegeben werden ist.

Frankfurt a. M., 13. August. Ein kolossaler Waldbrand wuhlte seit nummehr drei Tagen in Dennenburg. Das Feuer brach mit elementarer Gewalt und solcher Schnelligkeit aus, daß die Gemeinwesen der gesamten umliegenden Dörfer nachlos fürchten gegenberleben und ihre Tätigkeit darauf beschränken müssen, die in Gefahr gerathenen Gebäude zu räumen. Hunderte von Morgen wertvoller Eichen-, Buchen- und Eichenwaldes, auch Niederwald und Schonungen sind den Flammen zum Opfer gefallen.

Berlin, 13. August. Ein großer Waldbrand kam gestern in der westlichen Umgegend von Berlin, bei Bernau, zum Ausbruch. Das Feuer griff infolge des durch die Hitze ausgetrockneten Holzbestandes schnell ein und sicherte in kurzer Zeit 600 Morgen ein. Die von dem Brand betroffene Fläche war zum gröſsten Teil mit 60- bis 80jhrigen Kiefern, Schlagbumen Holz bestanden. Der Schaden würde sich auf rund eine Viertel Million Mark belaufen.

Regensburg, 13. August. Gestern vormittag brach in Neuburg durch Fnden einer Zerkleinermaschine Feuer aus, dem acht Häuser und drei Tagewerk Wald zum Opfer fielen. Mehr kamilien sind obdachlos.

Basel, 13. August. Der im Rathaus fast fertig gestellte neue badische Bahnhof ist abends in Brand gerathen. Das Holzgerüst ist vernichtet, das Kstengerst des Empfangsgebäudes ist ausgebrannt. Gegen 10 Uhr war der Brand lokalisiert.

Reg., 13. August. Die Dorfschaft Reizow bei Prachatz ist durch einen Brand eingeleert worden. Vier Personen sind tot, viele schwer oder leicht verletzt. Es herrscht große Noth unter den abgebrannten Einwohnern.

Jannebrunn, 13. August. Das vorgestern mittag ausgebrochene Feuer hat vier Häuser des Dorfes Janne vernichtet, 44 Menschen sind Verletzte, 1200 Menschen sind obdachlos, eine ist bei dem Feuer umgekommen.

Dresden, 13. August. Gestern nachmittag brach in der hiesigen Fabrik Loswig, S. m. L. S., Feuer aus, wodurch die Fabrik fast völlig zerstört wurde.

Bern, 13. August. In den amnestigen Bergen oberhalb Souveret am Genève See wuhlte seit dem 10. August ein Waldbrand, der vermutlich durch Fhenserer am Bundesbahnhof verursacht worden ist. Am Monte Ver bei Lugano hat ein Waldfeuer beträchtlichen Schaden angerichtet. Bei Lucens im Nord- u. S. durch Fnden einer Lokomotive ein Waldbrand von 1 Kilometer Länge in Brand gerathen. Im Solothurner Dorf Oberbachluten hat gestern durch einen Brand sieben Bauschulmeister eingeleert worden.

Reizow, 13. August. Gestern nachmittag brach in dem von Dorfen oft besuchten Waldgebiet Schatzenwald bei Dorfen ein verheerender Waldbrand aus, der den Waldbestand an der Südseite gröſstentheils vernichtete. In Fortau in der hiesigen Schmiege brannten 14 Gebäude ab. Reizow, 13. August. Der Brand im Forstgebiet bei Jannebrunn, welcher seit mehreren Tagen in den hiesigen Gemarkungen

25. Infanterieregiments sowie 500 belgische Soldaten sind mit der Bekämpfung des Brandes beschäftigt. Den deutschen Soldaten ist gestattet worden, die belgische Grenze zu berschreiten, um sich an den Eindammungsarbeiten zu beteiligen.

Frankfurt a. M., 13. August. Im Regierungsbezirk Wiesbaden sind in den letzten 14 Tagen rund 20 Personen infolge Dorfschlages gestorben.

Paris. Infolge der Trockenheit ist die Seine derart gesunken, daß die Schiffahrt stellenweise unmöglich ist. Grffel. Sechs Personen sind vorgekammert infolge Dorfschlages erkrankt. Das Thermometer zeigt wiederum 35 Grad im Schatten, jedoch ist die Temperatur erträglicher, da eine leichte Brise weht. In der Gegend von Arde und Grammont müssen mehrere Fabriken wegen Wassermangels den Betrieb einstellen.

Madrid. Die Hitze ist auch in Spanien eine außerordentliche. Das Meerwasser erreichte teilweise eine Temperatur von 34,8 Grad. Auf dem Lande wurde im Schatten eine Temperatur von 41,6 Grad festgestellt.

Rom. Auch in Italien erreichte die Hitze am gestrigen Tage einen Stand von 43 Grad im Schatten.

Paris, 14. August. Es regnet! Endlich ist gestern im Südfrankreich der ersehnte Regen eingetreten. Mehrere heftige Gewitter sind niedergegangen, die in verschiedenen Gegenden von Hagel Schlag begleitet waren. Die niedergehenden Regenmassen waren so stark, daß mehrere kleine Flüsse aus den Ufern getreten sind. Auf Korsika ist ebenfalls eine Wasserhose niedergegangen, durch welche großer Schaden angerichtet worden ist.

Von Richter! Laut Mittheilungen des deutschen Konsuls hat der immer noch in den Händen der Räuber befindliche Ingenieur Richter einem Briefe Lolios, der vor einigen Tagen in Gassona abgelesen wurde, folgendes hinzugefügt: Herrin von Mitius, Satouisi. — Ich soll Ihnen schreiben, Sie sollen endlich alles Geld schicken. Ich werde sonst sehr wahrscheinlich schon in allerhöchster Zeit getdt. Das Lager befindet sich in der hiesigen Felsenhohl nordwestlich der Platane. Machen Sie schnell! Mit Gr Edward Richter.

Eine gebrochene Gasse. Großes Aufsehen erregt in Zürich die Verhaftung des Genève Politikers und früheren Mitgliedes des Staatsrates Verlie. Er hatte jüngst an der Börse bedeutende Verluste erlitten — man spricht von 750.000 Francs — und zur Deckung des Selbes bei Freunden geborgt. Die ihn nun wegen Betruges verhaften ließen Verlie war ein Führer der konservativen Partei, Mitglied des Konsistoriums und galt als kirchlich orthodox.

Dampferzusammensto. Auf dem Rugglsee er eignete sich gestern gegen 10 1/2 Uhr abends ein schwerer Dampferzusammensto. Ein großer Züricher Dampfer raunte einen kleinen Sternampfer mit solcher Heftigkeit an, daß der Sternampfer benne mitten durchgesehritten wurde und in wenigen Minuten sank. Die Passagiere des Sternampfers, etwa 25 Personen, konnten sich noch lammlich rechtzeitig mit der Mannschafft des Dampfers auf das andere Schiff retten. Genauere Einzelheiten fehlen noch; auch steht noch nicht fest, wem die Schuld an dem Unfall zugerechnet werden müsst.

Dienstag, den 15. August 1911.

Mehlringe.

Wie zu erwarten war, wird die zu Beginn dieses Monats beschlossene Kartellierung der oberheintischen Mühlen bald auch den Zusammenschluß anderer Gruppen der deutschen Mühlenindustrie nach sich ziehen. Von den kartellierten oberheintischen Mühlen sind Verhandlungen mit den niederheintischen Mühlen eingeleitet worden, die bereits zu einer grundsätzlichen Verständigung geführt haben sollen. Dem oberheintischen Mühlenkartell, das eine Produktionskontingentierung und Mindestverkaufspreise durchzuführen will, gehören von den in Frage kommenden 20 Betrieben 17 Mühlen an, und zwar die Süddeutsche Mühlenwerke Akt.-Ges., Straßburg, Elsfässer Mühlenwerke Akt.-Ges. vorm. Sud-Albrecht, Sand u. G. Rumpshager, Straßburg, Akt.-Ges. für Mühlenbetrieb Neustadt a. d. S., Würzmühle Akt.-Ges. vorm. Gebrüder Abrecht, Neustadt a. d. S., Friedr. Coroll u. Co., Neustadt a. d. S., Louis Knedel, Neustadt a. d. S., Erste Mannheim Dampfmühle von Ed. Kauffmann Söhne G. m. b. H., Mannheim, Hildebrand u. Söhne G. m. b. H., Mannheim, Pfälzische Mühlenwerke Akt.-Ges., Mannheim, Rheinmühlwerke Akt.-Ges., Mannheim, Werner u. Knecht, Mannheim, Germania Mühlenwerke Akt.-Ges., Mannheim, Sternmühle vorm. E. Hens Akt.-Ges., Heidelberg, Rheinheintische Mühle H. Koch u. Söhne, Osthofen, Frankfurt a. M., F. J. Krieger Nachf., Osthofen, Wormer Kunstmühle Akt.-Ges., Worms, Matthaei u. Weis, Worms, und die Kunstmühle Kind Akt.-Ges., Goldbrunn bei Landau (Pfalz).

Von diesen 17 Mühlen stehen einige auch untereinander schon in sehr engen Beziehungen, die Pfälzische Mühlenwerke Akt.-Ges. z. B. ist die Besitzerin der Elsfässer Mühlenwerke Akt.-Ges., die als selbständige Gesellschaft den Pfälzischen Mühlenwerken in Mannheim nahe. Es ist auch wahrscheinlich, daß sie an noch weiteren oberheintischen Mühlen interessiert ist.

Auch im Osten Deutschlands wird der Zusammenschluß in der Mühlenindustrie nach dem Abschluß des oberheintischen Mühlenkartells energisch betrieben. So wird aus Breslau gemeldet, daß die ins Stocken geratenen Verhandlungen zur

Konzentration der Breslauer Obermühlen

mit Aussicht auf Erfolg wieder aufgenommen worden sind, die Vereinigung wird unter Beteiligung zweier Breslauer Bankhäuser und der Kommerz- und Diskontobank in Berlin erfolgen.

Mehrfach sind in den letzten Jahren Fusionen von Mühlenbetrieben erfolgt, neben der schon erwähnten Vereinigung der Pfälzischen Mühlenwerke Akt.-Ges. mit den Elsfässer Mühlenwerken ist die Aufnahme der Schottwitzer Kunstmühle und der Grottkauer Kunstmühle durch die Akt.-Ges. Schlesiische Mühlenwerke in Breslau zu erwähnen, ferner der Ankauf der Stadtmühle vorm. Karl Jung in Halle durch die Hildebrand'schen Mühlenwerke Akt.-Ges. in Halle, die Fusionen der Mühlen Fritz Berliner, Feinritz Bruck, Karl Böhm in Leobschütz, sowie die Vereinigung der Sesslischen Kunstmühle Akt.-Ges. in Naumburg mit der Wormser Kunstmühle.

Für die Konsumenten ist die Entwicklung der Mühlenindustrie zum Großbetrieb zweifellos vorteilhaft gewesen, bei den billigeren Produktionskosten des Großbetriebes und der recht scharfen Konkurrenz, die bisher herrschte, folgten die Mehlpreise in vielen Gegenden Deutschlands häufig nicht immer im vollen Umfange den steigenden Getreidepreisen. Vor einiger Zeit machte der Geheimrat Dr. C. Caspary in Gießen in einem Artikel über den Einfluß der Großmühlerei auf die Preisgestaltung im „Tag“ folgende Feststellungen: In Norddeutschland ist von 1885—88 auf 1905—07 bei einem Steigen des Weizenpreises um 18 Mt. der Mehlpreis um 15 Mt. gestiegen, also ein Mehlenigensteigen von nur 3 Mt., dagegen ist in Süddeutschland bei Weizensteigen um 15 Mt. das Mehl um 20 Mt. gefallen, was ein Mehlenigensteigen um 35 Mt. bedeutet gegen 3 Mt. im Norden. In den einzelnen Staaten Süddeutschlands steht

obenan Baden mit 50 Mt. Mehlenigensteigen, wohl unter dem Einfluß der großen Mühlenbetriebe in Mannheim und Ludwigsbafen. Dann folgt Württemberg mit 39, Bayern mit 31 und Hessen mit 27 Mt. Mehlenigensteigen. Teils man auch den Norden in drei größere Gebiete, so hat der Nordost, aus 57 Städten Ost- und Westpreußens, Posen, Pommerns und Schlesiens bestehend, ein Mehlenigensteigen von nur 5 Mt., der Südwest mit 53 Städten aus Hannover, Westfalen, Rheinland und Hessen-Nassau nur 9 Mt. Mehlenigensteigen, dagegen die Mitte mit 53 Städten Sachsens, Brandenburgs, Schleswig-Holsteins sogar 7 Mt. Mehlenigensteigen. Nimmt man gar die 12 einzelnen preussischen Provinzen, dann haben 7 ein Mehlenigensteigen zwischen 15 Mt. in maximo (Schleswig-Holstein) und 1 Mt. in minimo (Rheinland), die anderen fünf Provinzen ein Mehlenigensteigen von 4 Mt. in minimo (Schlesien) und 29 Mt. in maximo (Westpreußen). Die acht Provinzen Bayerns verhalten sich viel ungleich, sie haben zwar alle ein Mehlenigensteigen, aber Schwaben nur von 6 Mt., die Oberpfalz von 5,50 Mt.

Mit der Kartellierung der Mühlen in größeren Bezirken wird natürlich eine Milderung der bisherigen Preispolitik beabsichtigt, es ist deshalb notwendig, die Maßnahmen der neuen Organisationen aufmerksam zu verfolgen, um gerade in einer Zeit schlimmer Dürrezeit Treiberberei der Mehlpreise rechtzeitig zu begegnen.

Arbeiterbewegung.

Das Ende des Streiks im jetzigen Braunkohlenrevier. Der nun 14 Wochen dauernde Bergarbeiterstreik ist am 11. August d. J. durch Beschluß der Vertrauensleute der Streikenden für beendet erklärt worden. Der Beschluß war von der Erkenntnis getragen, daß es durch diesen Streik nicht möglich sei, den Tarifvertrag durchzubringen. Andererseits hatten die wiederholten Versuche, mit den Unternehmern in Verhandlungen zu kommen, ergeben, daß an wirklich erzieherische Verhandlungen nicht zu denken war. Die Mehrzahl der Unternehmer erklärte einfach, daß sie mit den erlassenen Arbeitern nicht verhandele, und daß die Arbeit zunächst wieder aufgenommen werden müsse. Einzelne Grubenverwaltungen machten kleine Zugeständnisse. In der von der Konferenz der Vertrauensleute angenommenen Resolution wird zum Ausdruck gebracht, daß mit der Beendigung des Streiks der Kampf um den Tarifvertrag nicht beendet ist, sondern daß alle Streikenden und darüber hinaus sämtliche deutsche Braunkohlenarbeiter aufgefordert werden, die Organisationen zu stärken, damit bei späterer Gelegenheit der Kampf um die tarifliche Regelung des Lohn- und Arbeitsverhältnisses mit noch viel größerer Schärfe geführt werden kann. In dem im Anschluß an die Konferenz abgehaltenen großen Streikerversammlung wurde der Mitteilung über den Abbruch des Streiks zunächst stürmisch widersprochen. Allmählich glätteten sich die Wogen. Die Mehrzahl der Streikenden konnte sich den durchschlagenden Gründen der Organisationsvertreter und Vertrauensleute nicht verschließen. Sie sahen ein, daß es im Interesse der Streikenden und ihrer Organisationen besser sei, den Streik auf der Höhe abzubrechen.

Der nunmehr 18 Wochen dauernde Bergarbeiterstreik in der Oberlausitz ist beendet. Wenn er auch nicht mit einem vollen Siege der Arbeiter abgeschlossen wurde, so hat er doch einen nicht gerade geringen Erfolg gebracht. Auf einer ganzen Reihe von Gruben sind die Löhne erhöht worden. Einige andere Unternehmer machten sonstige kleinere Zugeständnisse; andere wollten den Wünschen der Arbeiter nach Beendigung des Streiks näher treten.

Die Aussperrung der Metallarbeiter in Leipzig. Der Stand der Aussperrung in Leipzig hat sich unwesentlich verändert. Gegenüber den Meldungen der bürgerlichen Presse von einer angeblichen Aussperrung von 10—12.000 Metallarbeitern muß nochmals betont werden, daß davon keine Rede sein kann. Nach den einschlägigen Feststellungen des Metallarbeiterverbandes sind in Leipzig etwa 6.600 Metallarbeiter ausgesperrt, und zwar einschließlich der schon seit Wochen in der Gelbmetalbranche streikenden und ausgesperrten Metallarbeiter. Die Aussperrung ist also nicht in dem von dem Unternehmertum angekündigten Umfange durchgeführt worden. Daran ändern auch die Behauptungen der von dem Unternehmertum inspirierten

bürgerlichen Presse nichts. Das Kartell des sächsischen Bezirksverbandes des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller teilt am Sonnabend mit, daß die Metallindustriellen-Verbände von Chemnitz, Dresden und Leipzig Sonnabend, den 12. August in allen angeschlossenen Betrieben folgende Bekanntmachung anhängen werden:

„Der Ausschluß des Kartells der sächsischen Bezirksverbände des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller hat in seiner Sitzung vom 3. d. M. beschloffen, am 26. August 80 Prozent der Gesamtbelegschaft der kartellierten Verbände auszuüben, falls nicht bis zum 23. August die in Leipzig streikende Metallarbeiterchaft von ihrem Standpunkt abgegangen ist, daß über die eingereichten Forderungen nur mit den Organen des deutschen Metallarbeiterverbandes verhandelt werden kann und falls nicht bis zum 23. August im Wege direkter Verhandlungen zwischen den beteiligten Firmen und ihren Arbeitern eine Einigung über die eingereichten Forderungen zustande gekommen ist.“

Berliner Straßenbahnerbewegung. Die Berliner bürgerliche Presse, die alle Augenblicke verlogene Sensationsmeldungen aus der Arbeiterbewegung, insbesondere auch über eine Straßenbahnerbewegung bringt, wahrscheinlich mit dem Hintergedanken, die in Frage kommenden Arbeiter treu zu führen, verbreitete am Sonnabend wieder eine solche Sensationsmeldung, nach der 5.000 Angestellte der Straßenbahn geheime Beschlüsse gefaßt haben sollten, die auf einen baldigen großen Kampf schließen ließen. In der Meldung ist kein Wort wahr. Es hat eine Quartals-Generalversammlung des Transportarbeiterverbandes stattgefunden, die natürlich Beschlüsse zu fassen hatte, die aber keine Lust verspürte, diese Beschlüsse und jedes Wort, was gesprochen wurde, bürgerlichen Schmutz auf die Nase zu binden, daher diese falsche Alarmmeldung.

Massenkundgebung der Eisenkonstruktoren. Die bei den Berliner Eisenbauwerken beschäftigten Ingenieure und Techniker, die mit wenigen Ausnahmen im Bund der technischen Industriellen Beamten organisiert sind, haben gestern ihren Firmen die Kündigung am 1. Oktober d. J. angekündigt. Zweck der solidarischen Aktion ist, die Einführung eines Normaldienstvertrages und die einheitliche Regelung der Arbeitszeit, des Überstundenwesens, des Erholungsurlaubes, der Bezahlung während der militärischen Übungen usw. für alle Eisenkonstruktoren herbeizuführen. Es kommen in Berlin etwa 20 Firmen in Betracht.

In den Ausland getreten! Ein großer Teil des westböhmischen Metallarbeiterverbandes, dem die weitaus größte Mehrheit der sämtlichen westböhmischen Metallarbeiter angehört, ist in den Ausland getreten. Der westböhmische Arbeiterverband kündigt in einer Bekanntmachung an, daß er den Streikenden Zeit läßt bis zum 18. August und fordert die Streikenden auf, die Arbeit bis spätestens zu diesem Tage wieder aufzunehmen, widrigenfalls dann eine allgemeine Aussperrung und gänzliche Einstellung der Betriebe am 22. September erfolgen würde. Beteiligt sind an dem Streik 44 Firmen mit über 7.000 Arbeitern.

Parteiangelegenheiten.

Der Bericht des Parteivorstandes an den Parteitag in Jena. Der in den nächsten Tagen veröffentlicht wird, kann sehr erhebliche Fortschritte auf allen Gebieten der Parteilätigkeit feststellen. Die Zahl der Parteimitglieder ist im letzten Jahre von 720.038 auf 835.562 gestiegen. Das ist eine Mitgliederzunahme von 115.524. Die männlichen Mitglieder sind an der Zunahme mit 90.473, die weiblichen mit 25.051 beteiligt. In 19 Bundesstaaten hat die Partei 188 Landtagsabgeordnete. Die Zahl der Vertreter in den Gemeinden hat sich erheblich vermehrt. Wir haben in 410 Städten 2015 und in 2240 Landgemeinden 6646 Gemeindevertreter. Außerdem hat die Partei in 31 Städten 95 Vertreter im Magistrat und in 83 Landgemeinden 154 Vertreter im Gemeindevorstand. Das sind zusammen 8910 parteigenössliche Gemeindevertreter gegen 7729 im Vorjahre. Einbild in die rege Tätigkeit der Partei gewahren besonders folgende Feststellungen: Im letzten Jahre haben 35.644 Mitglieder- und 13.163 öffentliche Versammlungen stattgefunden. Flugblätter sind über 38 Millionen Exemplare und Broschüren und Agitationskalender in drei Millionen unentgeltlich verbreitet worden. Der Kasienabschluß kann als sehr gut bezeichnet werden. Die Einnahmen belaufen sich auf 1,5 Millionen Mark, die höchsten, die die Partei bisher zu verzeichnen hatte. Die Partei geht also wohlgerüstet den kommenden Kämpfen entgegen.

Breslauer Sommertheater.

(Ziebischs Stadlfement).

Zum 1. Male: „Die Geze“, Operette in drei Akten von Richard Jaeger.

Nach dem Erfolge, den die am Sonnabend vorgeschulte Novität bei dem ziemlich zahlreichen Publikum unter Anwesenheit des „Dichter-Komponisten“ hatte, müßte man das neue Stück für ein erstklassiges Meisterwerk halten. Die Erfahrung lehrt aber, daß sich diese Erfolge gleichen wie ein Ei dem anderen und daß die Begeisterung je nach der Zusammenfügung der Zuhörer mehr oder weniger schnell abflaut. Das Legelbuch der „Geze“ bewegt sich durchaus nicht in neuen Bahnen, sondern arbeitet lediglich mit den altbewährten Mitteln des Operettenunfuns, gemischt mit einer Dosis Sentimentalität. Wer nur einigermaßen auf dem Gebiete der leichtgeschürzten Muse zu Hause ist, wird mit leichter Mühe die Entwicklung der „Handlung“ vorauslagen können. Viel eigener Geist ist bei der Anfertigung des Librettos nicht verschwendet worden; die vorkommenden „Witze“ reichen mitunter an die Epoche der Entstehung der „fliegenden Blätter“ heran; das Publikum hatte sie aber anscheinend — bei dieser Hitze kein Wunder! — gänzlich „verschmitten“ und belachte auch die allerbesten „Witze“. So hat sich Herr Jaeger hier mehr als ein „Anecdotenjäger“ erwiesen, ein Wort, das viel Ähnlichkeit mit „annektieren“ hat.

Auch auf musikalischem Felde hat sich der Komponist nicht als ein Findfänger erwiesen; er geht vielmehr den Spuren seiner Vorgänger nach. Seine Musik zeigt eine sichere Beherrschung des Operettenstils, Melodienreichtum, gewandte Behandlung der Singstimmen, feine Rhythmik und wohlklingende Instrumentation. Von Originalität hält sich Herr Jaeger erfreulicher Weise fern. Ungehörliche Länge der Musiknummern, die am Sonnabend nur allzu bereitwillig wiederholt wurden, sowie ein schier endloser, nichtigender Dialog, bedeuten eine Schädigung in der Richtung, womit nicht gesagt sein soll, daß die Operette nach Begeisterung der erwähnten Uebelstände eine wirklich gute werden wird. Der dritte Akt, der bei der Erstaufführung um 10^{1/2} Uhr begann, ist lediglich unterhaltend, was aber weniger am Libretto, als an der Gewandtheit des Herrn Jaeger liegt. Der etnen verschmigten Bauerbuschschänke mit all seiner tiefschieren Komik gab.

Die Aufführung konnte sich im allgemeinen sehen lassen. In der Titelrolle entzückte Frau Dentrich durch ihre schöne Erscheinung und reispollen Gesang, im Dialog bleibt noch mancher Wunsch unerfüllt. Eine ganz unnötige und un-

sympathisch gezeichnete Figur machte Fräulein Franke durch groteske Uebertreibungen noch widerwärtiger. Da der Komponist unversehens war, ist anzunehmen, daß es auf dessen Anordnung, mindestens aber mit seiner Einwilligung geschah. In größeren Partien waren die Herren Fischer, Reich-Lübemann, Langner und Marxi mit Erfolg beschäftigt. Das Orchester unter Leitung des Herrn Dr. Tülle war viel zu aufdringlich; der Dirigent sollte sich bemühen, seine Bewegungen auf ein normales Maß zurückzuführen. Das Publikum war, wie oben angedeutet, von der „Geze“ — bezaubert; trotzdem dürfte aber die „Geze“ bald vom Repertoire dieser Bühne — verschwinden.

Kunst, Wissenschaft und Technik.

Joseph Israels gestorben.

Der berühmte Maler Professor Josef Israels ist am Sonnabend im Alter von 87 Jahren in Haag gestorben. Das „Berliner Tageblatt“ gibt über seinen Lebenslauf folgende Skizze:

Der große Meister, an dessen Totenbett wir nun stehen, war am 17. Januar 1824 zu Groningen in Holland geboren. Er begann seine Studien bei Kruseman in Amsterdam und setzte sie bei Picot in Paris fort. In den ersten Jahren, als er sich zu einem selbständigen Künstler entwickelte, widmete er sich besonders der historischen Malerei. Die Arbeiten, die in jenen Jahren aus seinem Atelier hervorgegangen sind, waren wenig interessant, obgleich auch sie schon in den Details die Hand des Meisters zeigten.

Seine volle Künstlerkraft entfaltete Israels erst später, als er sich dem Naturalismus zuwandte. Er wurde ein ausgezeichneter Schilderter der Romantik des täglichen Lebens.

Er kam im Jahre 1870 nach dem Haag, und von dieser Zeit an beginnen seine Kampferiode und der starke Einfluß, den er auf die jüngere Künstlergeneration ausgeübt hat. Er hat die Fesseln der holländischen Kunst in jenen Jahren, keine Bilder erlangt und in der Schilberung des alltäglichen Geschehens um Meerestrände seine höchste Künstlerkraft bewiesen. Aber es ist interessant, daß zuerst nur die äußerlichen Lebensumstände den Künstler zu jenem Genre führten, das ihn den größten lebenden Malern an die Seite stellte. Garle Rot zwang ihn, den Haag zu verlassen und sich ein billiges Heim an der Meeresküste zu suchen. Dort lebte er, eingeschlossen in der Stille des holländischen Dorfes, seinen künstlerischen Ideen, die allmählich eine

neue Richtung gewannen: er wandte sich biblischen Motiven zu. Eines der hervorragendsten Produkte dieser künstlerischen Wandlung in Israels ist das berühmte Bild „Ein Sohn seines Volkes“, das im Museum zu Amsterdam hängt.

Von seinen bekanntesten Gemälden seien genannt: „Die Franke und die gesunde Mutter“, „Die Heimkehr vom Felde“, „Allein in der Welt“ (im Museum zu Paris), „Der Kopf der Großmutter“ und verschiedene andere — viele Skizzen, eine Anzahl biblischer Sujets und zarter Idylle, wie sie ihm in der selbstgeschriebenen Einfamkeit seines Aufenthaltes an der Meeresküste erschienen. Auch als Redner war ihm großer Erfolg beschieden, aber die meisten der Vorträge befinden sich als seltene Objekte im Privatbesitz.

In der letzten Ausstellung der Berliner Sezession war ein Selbstporträt des Meisters zu sehen, das die Kenner entzückte und Israels reiches Können von der technischen Seite zeigte: die Kunst seiner Technik tritt nirgends stärker hervor als in den meisterhaften Selbstporträts.

Man hat keine Kunst mit der Rembrandts verglichen, und diese populäre Kunstanschauung haben die Kritiker nicht zu verändern gesucht. Er hat nicht immer gleichmäßig Wertvolles geschaffen, der immer arbeitsfreudige Meister. Aber aus allen seinen Schöpfungen spricht eine innige Raibetät, eine Sehnsucht nach dem Einfachen, die ihm den Mut gab, in neuen Farben sehen zu können.

Literatur.

Dem ersten Hefte, mit dem sich nämlich bekannte Familienjournal „Das Buch für Alle“ feiert seinen 47. Jahrgang eröffnet, entnehmen wir folgende Notiz: „Eine Million Dollar für eine Erfindung. Der Preis von einer runden Million Dollar — vier Millionen Mark — erwartet den glücklichen Erfinder, dem es gelingt, einen Apparat herzustellen, der den Schmelzhüttenrauch verzehrt. Derartige Vorrichtungen werden ja schon mit Erfolg in vielen großen Städten angewendet, aber in allen diesen Fällen kommt der Rauch von einfachen Oefen her, die nichts als Kohle oder Holz verbrennen. Schmelzhüttenrauch jedoch enthält Gase, die von dem Schmelzen der Metalle herrühren, und bis jetzt ist es dem menschlichen Verstande nicht gelungen, ein Mittel zu finden, das die giftigen Wirkungen des Rauches aufhebt, der die Atmosphäre um ein jedes Schmelzwerk herum verpestet.“ Das weitere möge man in dem Hefte, das in jeder besseren Buchhandlung oder jeder Schriftenergebeditor um den billigen Preis von nur 30 Pf. zu haben ist, selbst nachsehen.

